

Auch der Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern, Oswald Wutzke (CDU), mußte sein Gesetz über die Erneuerung der Hochschulen nach Studenten-Demonstrationen („Wutzke in die Produktion“) nachbessern. Die CDU-Fraktion des Landtags verordnete dem allzu schnell gestrickten Entwurf diverse Änderungen.

Solche Ungereimtheiten dienen vielen Studenten als willkommener Vorwand für ihren grundsätzlichen Widerstand gegen die Abwicklung. Der Studentenrat der Humboldt-Uni, zum Beispiel, warnte empört vor einer „Zerschlagung der Geisteswissenschaften“ und witterte dahinter sogar die „Verwertungsinteressen des Kapitals“.

„Aus der roten Uni soll eine schwarze werden“, meint Peer Pasternack, 27, Sprecher des Studentenrats in Leipzig. Das PDS-Mitglied Pasternack, einst für wissenschaftlichen Kommunismus und heute für Politologie eingeschrieben, fürchtet vor allem um die „Zukunft der kritischen Wissenschaft“. Die nämlich, so erklärt der Studentenfürher seinen Kommilitonen, solle im Zuge der Abwicklung beseitigt werden. „Unsere kritischen linken Professoren müssen gehen“, prophezeit er, „damit die konservativen aus dem Westen kommen können.“

Was Pasternack und seine PDS-Kommilitonen dagegen ohne jede Skrupel aus dem Westen importieren, ist das Schlagwort von der „Autonomie der Wissenschaft“ – ein Begriff, den die PDS-Vorgängerin SED nie akzeptiert hatte. Die Leipziger Uni, behauptet Pasternack, habe bereits „gute Fortschritte“ auf dem Weg zu einer „Erneuerung von unten“ gemacht. Der einsame Abwicklungsbeschuß des Dresdner Kabinetts mache all das zunichte, mißachte also die „Autonomie der Hochschule“.

Die „Autonomie findet erst später statt“, räumt denn auch Wissenschaftsminister Meyer ein. Noch befinde sich das ostdeutsche Hochschulsystem in einer „Übergangsphase“, in der vor allem „schnell gehandelt“ werden müsse. Daß er „mit den Betroffenen nicht gesprochen“ habe, gesteht der Minister, fragt dann allerdings nach dem Sinn solcher Diskussionen. Meyer: „Wenn ich die Abwicklung benutzen



**Studentenfürher Pasternack, Minister Meyer**  
„Aus der roten Uni soll eine schwarze werden“

will, um alte Strukturen zu beseitigen, dann kann ich doch nicht davon ausgehen, daß so etwas mit den Betroffenen verhandelbar wäre.“

Anders als der Studentenfürher Pasternack bestreitet Meyer, daß die Hochschulen nennenswerte Reformen vorzuweisen hätten. „Etikettenschwindel“ sei vielmehr die Regel. So wird etwa aus dem Titel des Arbeitsbereichs „Kritik bürgerlicher politischer Theorien“ nur das Wort „Kritik“ gestrichen, und die Sektion „Sozialistische Betriebswirtschaft“ tritt plötzlich als „Institut für Unternehmensführung“ auf. Die Unis in der ehemaligen DDR hätten „ihre Chance verspielt“, sie seien zu „Orten des Jammers, des permanenten kollektiven Selbstmitleids“ geworden, kommentierte selbst die linke *Tageszeitung*.

Die Nachfolgeinstitute der nun geschlossenen Sektionen und Fachbereiche sollen, zumindest in Sachsen, von westdeutschen Professoren aufgebaut werden. „Wenn wir hier nicht ganz schnell westliche Standards haben“, begründet Minister Meyer diesen Beschluß, „dann laufen uns die Studenten davon.“

Doch solche Entscheidungen heizen die Emotionen an den Ost-Unis vorerst nur an. Schon haben sich prominente Autoren wie die früheren SED-Genossen Stephan Hermlin und Christa Wolf mit den studentischen Protesten solidarisch erklärt und für diese Woche Lesungen auf dem Campus angekündigt. Juristen in Leipzig und Berlin bereiten Verfassungsklagen gegen die Abwicklung vor. Weitere Demonstrationen, so am Montag nächster Woche in Leipzig, sollen die Wissenschaftsminister schließlich doch noch in die Knie zwingen.

Und wenn das alles nichts hilft, kommt die Rettung womöglich von ganz oben: Der Leipziger Superintendent Friedrich Magirius hat die sächsischen Pfarrer gebeten, die „Sorgen der Studenten“ in die Fürbitte zur Jahreswende aufzunehmen.

Beamte

## Zähes Steak

Mit Personalfragebögen sollen SED-Kader und Stasi-Spitzel im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer aufgespürt werden.

**P**eter-Michael Diestel, 38, letzter Innenminister der DDR und nun CDU-Oppositionsführer im brandenburgischen Landtag, macht sich zum Anwalt der Beladenen. Was seinen märkischen Landsleuten zugemutet werde, meint der gelernte Ost-Jurist, ließe sich „schon aus rechtlichen Gründen“ kein Wessi „bieten“.

„Es soll endlich Sicherheit geben“, verkündet hingegen der sozialdemokratische brandenburgische Innenminister Alwin Ziel, 49: „Leute, die in ihren Positionen Schindluder getrieben haben, werden nach dieser Aktion ganz sicher ausgesiebt sein.“

Derzeit müssen, in Brandenburg wie überall in Deutsch-Ost, Hunderttausende Staatsdiener Fragebögen ausfüllen, um Auskunft über ihre Vergangenheit zu geben. Die Bürger sollen wissen, wer jetzt die Staatsmacht verkörpert.

Die Formulare kursieren in mehreren leicht abgewandelten Varianten. Grundsätzlich gibt es eine Kurzversion mit 20 Fragen für die zivilen Mitarbeiter



**Fragebogen-Kritiker Diestel**  
„Aus rechtlichen Gründen verbieten“

der Verwaltung und eine Langversion mit bis zu 48 Fragen (in Brandenburg) für ehemalige Angehörige der Volkspolizei. Beide Fassungen, versichert Minister Ziel, seien „juristisch wasserdicht“.

Advokat Diestel, der schon als DDR-Innenminister belastete Offiziere der einstigen Staatssicherheit und der Volkspolizei großmütig weiterbeschäftigt hatte, argumentiert denn auch eher emotional. Er kreidet der SPD-geführten brandenburgischen Landesregierung an, die Fragen berührten „viel zu stark die persönliche Sphäre“.

Mit seiner Kritik an der Fragebogen-Aktion befindet sich der Christdemokrat in ungewohnter Gesellschaft. Auch die Linksaußen-Opposition läuft Sturm gegen angeblich drohende „Berufsverbote“.

Das PDS-Blatt Neues Deutschland (ND) führt seit Mitte Dezember eine regelrechte Kampagne gegen die „Inquisition per Formblatt“. Damit, so das ND, würden „in den neuen Bundesländern massenhaft die politischen Biografien von Menschen ausgeforscht“.

Das Neue Deutschland nimmt es mit der Wahrheit nicht sonderlich genau, wenn es gilt, Ängste zu schüren. Jeder, „ob Küchenfrau im Kindergarten oder Leiterin einer dörflichen Poststelle“, behauptet das ehemalige Zentralorgan der früheren Staatspartei SED, müsse über „selbst begangene“ Menschenrechtsverletzungen oder „frühere SED-Zugehörigkeit“ Auskunft geben.

Beide Behauptungen sind falsch. Bloße Partei-Mitgliedschaft, hat die sächsische CDU-Regierung klargestellt, führt „zu keinen Nachteilen für die Übernahme“ - andernfalls müßten praktisch alle Amtspersonen vor die Tür gesetzt werden, da SED-Treue Voraussetzung für jede öffentliche Funktion war.

Der Berliner Innensenator Erich Pätzold (SPD) präzierte in einem Rundbrief, welche Tätigkeiten vor der Wende einer Weiterbeschäftigung im Staatsdienst hinderlich sind.

Als „regelmäßig“ ungeeignet für die Verwaltung gelten etwa ehemalige hauptamtliche Parteifunktionäre und Angehörige von Parteikontrollkommissionen, ebenso ehrenamtliche Parteifunktionäre „vom 1. Sekretär der Abteilungsparteiorganisation an aufwärts“ und Absolventen von Bezirksparteischulen. Ranganiedere Parteifunktionäre können nicht weiterbeschäftigt werden, wenn sie ihre Funktionen „nachweislich repressiv“ ausgeübt haben.

„Ausgeschlossen“ ist auch die Weiterbeschäftigung ehemaliger hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter, „wenn diese Tätigkeit bis in die jüngste Vergangenheit andauert hat“. Bei inoffiziellen Mitarbeitern, die bisweilen auch „mit

HEUTE

- Über Kanaker kommt - aber erst nach der Bewehrung
Saddam tauscht
Verteidigungsminister
KGB-Überläufer
Putschgehrliche aus
Moskau sind Märchen
Nicht zu sparsam
mit Kassenrenten

STANDPUNKT

Fragewürdig

Die geborene Partei...
wird die angestrebte...
wird die angestrebte...
wird die angestrebte...

Neue Fragebögen in Massen erlösen Ost-Bundesbürger an alte Zeiten - Ängste Betroffener vor Berufsverböten wachsen

Inquisition per Formblatt an Stelle von Rechtsstaatlichkeit?

Justizverbrechen die nicht...
nicht die in den letzten Wochen...
nicht die in den letzten Wochen...

FRAGEBEREICH

Grat werden sollen die...
Grat werden sollen die...
Grat werden sollen die...

Personalfragebogen
Bitte geben Sie bitte eine...
Bitte geben Sie bitte eine...
Bitte geben Sie bitte eine...

PDS-Blatt Neues Deutschland: Ängste geschürt



Innenminister Ziel „Juristisch wasserdicht“

erpresserischen Methoden zur Mitarbeit gezwungen“ worden seien, entscheiden „Art und Umfang der Tätigkeit“.

Über niemanden, versichert Pätzold, werde pauschal der Stab gebrochen. Auch wer im Fragen-Raster hängen bleibt, soll die Chance einer Einzelfallprüfung erhalten.

Die im Berliner Vopo-Fragebogen ursprünglich vorgesehene Frage „Haben Sie gefoltert?“ wurde auf Intervention des Berliner Datenschutzbeauftragten Hansjürgen Garstka gestrichen und durch eine rechtlich einwandfreie Formulierung ersetzt. Gefragt wird nun: „Ist gegen Sie der Vorwurf oder Verdacht erhoben worden, gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen zu haben?“

Auch bei der Formulierung der übrigen Fragen paßten die Autoren auf, daß die Durchleuchtung der Vergangenheit von der Rechtsprechung gedeckt ist.

Weil etwa das Bundesarbeitsgericht Arbeitgebern verbietet, ihre Angestellten nach Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit auszufragen, forschen die Fragesteller nur nach diskreditierenden Merkmalen wie „Funktionen in der SED, in einer anderen Blockpartei, in Massenorganisationen/gesellschaftlichen Organisationen“.

Gleichwohl streut die PDS Zweifel, ob die Fragen Rechtsens seien, und empfiehlt: „Fragen, die rechtlich unzulässig sind, dürfen unwahr beantwortet werden“ - ein Ratschlag, der an die Boykott-Bewegung bei der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik erinnert und damals zu einem Datenschnitt kaum schätzbaren Ausmaßes führte.

Doch Staatsdiener, die dunkle Flecken vertuschen, riskieren ihren Job. „Die Möglichkeiten, Informationen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, der SED und der anderen Blockparteien und Massenorganisationen zu erhalten“, so Innensenator Pätzold halb drohend, halb frohlockend, „verbessern sich stetig.“

Innenminister Ziel kann die Aufregung nicht verstehen. In Brandenburg wurden vor Weihnachten 550 Fragebögen ausgewertet, die an Polizisten mit mehr als 25 Dienstjahren ausgegeben worden waren. 538 ehemalige Vopos erhielten bereits Bescheid, daß sie weiterbeschäftigt werden. Lediglich 12 müssen persönlich vor einer Bewertungskommission erscheinen, der neben einem Leitenden Regierungsdirektor aus Düsseldorf die drei evangelischen Generalsuperintendenten Brandenburgs sowie der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Schuster, angehören.

Gewerkschafter Schuster, der ursprünglich der Befragung zustimmte, gerät nun zwischen die Fronten. Als GdP-Chef muß er auf den verbreiteten Unmut seiner Kollegen Rücksicht nehmen, die teilweise auf internen Dienstwegen, über Telex und Telefax, Ob-

struktion organisieren. So stachelte ein Hauptkommissar aus der brandenburgischen Kreisstadt Nauen per Fernschreiber zur Verweigerung auf.

Als diskriminierend empfindet der Kripomann etwa die Frage, ob die Polizisten an der ehemaligen Staatsgrenze-West eingesetzt waren und von der Schußwaffe Gebrauch gemacht haben.

Selbst kritische Datenschützer erheben, nach einigen Nachbesserungen in den Formularen, keine Einwände mehr. Bedenklich ist aus ihrer Sicht lediglich, daß kein Termin existiert, bis zu dem die Fragebögen vernichtet sein müssen.

Immerhin haben der West-Berliner Innensenator Pätzold und sein Ost-Berliner Magistratskollege Thomas Krüger festgelegt, wie die ausgefüllten Fragebögen aufzubewahren sind.

Nach der Auswertung, so die Vorschrift, werden die Formulare der Personalakte in einem versiegelten Umschlag beigelegt. Die Aufschrift auf dem Kuvert ist vorgegeben: „Personalvorgänge aus Anlaß der Weiterbeschäftigung nach der Vereinigung. Nur vom Leiter der Personalabteilung oder dem ausdrücklich Bevollmächtigten zu öffnen“.

Die brandenburgische Bildungsministerin Marianne Birthler, 42, vom Bündnis 90, dem Koalitionspartner der Sozialdemokraten, hat gegen die Staatsaktion einen ganz anderen Einwand. Sie glaubt nicht, daß die Fragebögen zur Vergangenheitsbewältigung taugen. Die Methode erscheint ihr, „als ob man mit einem filigranen Besteck eine ganz zähes Steak zerschneiden wollte“.

Arzneimittel

## Schleuse dichtmachen

Die westlichen Pharmakonzerne wollen ihre Arzneimittellieferungen in die Ex-DDR stoppen. Sie protestieren gegen Blüms Sparkurs.

**Z**um Jahresende ließen sich die Bürger in den neuen Bundesländern reich beschenken – von ihren Hausärzten. Die Wartezimmer waren vielerorts voller als die Kirchen; es galt, ein Rezept abzugreifen.

In und vor den Apotheken im östlichen Deutschland bildeten sich Schlangen. Paketweise wurden Pillen, Pulver und Ampullen über den Tresen gereicht, alles kostenlos, West-Ware bevorzugt. „Unsere Doktoren“, stellte Apothekerin Brigitte Hofmann in Schwerin überrascht fest, „haben auf Teufel komm raus verschrieben.“

Eine teure Bescherung für die Krankenkassen, ein Triumph für die westdeutsche Pharmaindustrie. Die Pillendreher im Westen haben einen Lieferboycott für die neuen Bundesländer angekündigt und bereits mit ihrer Drohung eine tolle Wirkung erzielt. Die Pharmamanager wollen einen Passus aus dem Einigungsvertrag wegschaffen, der die Ex-DDR zum Niedrigpreisgebiet für Arzneimittel erklärt.

\* Am 28. Dezember.

„Zur Vermeidung von Defiziten bei den Krankenversicherungen“, lautet der umstrittene Vertragstext, müsse der bisherige Herstellerpreis „um einen Abschlag verringert“ werden. Für 1991 hat Bonns Sozialminister Norbert Blüm diesen Abschlag mit 55 Prozent angesetzt. Wo die Arzneimittelhersteller im Westen 100 Mark kassieren, bekommen sie im Osten nur 45 Mark.

Der Aufschrei gegen das „Preisdiktat“ (Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie) folgte prompt. Es geht für die Arzneimittelhersteller im deutschen Osten immerhin um einen zusätzlichen Umsatz von rund fünf Milliarden Mark.

Und das ist nicht alles. Hersteller, Großhändler und Apotheker fürchten, die billigen Ost-Tarife könnten via Schwarzmarkt die hohen West-Preise zerstören. Hannelore Sitzius-Zehender, Geschäftsführerin der Deutschen Apothekerverbände: „Bei Preisnachlässen in der Ex-DDR wäre der Markt nicht mehr kalkulierbar.“

Genau das mag die Pharmabranche nicht. Deshalb wird boykottiert und gedroht. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie läßt seinen Hauptgeschäftsführer Hans-Rüdiger Vogel nahezu täglich vor „Chaos bei der Arzneimittelversorgung in der Ex-DDR“ warnen.

Für Experten sind solche Sprüche purer Unsinn. Die medizinische Versorgung der neuen Bundesbürger ist nicht gefährdet. Alle Kliniken verfügen über West-Präparate; der Blüm-Abschlag gilt nur für Apotheken. Auch die Apotheker halten wichtige West-Produkte – vor al-



Apothek in Schwerin\*: „Chaos bei der Arzneimittelversorgung“